

Merz sinniert über Schwarz-Grün

von Thomas Brüggemann

Um die gegenwärtige Verfassung der Grünen insgesamt einschätzen zu können, reicht derzeit ein Blick auf den von ihnen gestellten Bundeswirtschaftsminister, der zum Beispiel in einer kürzlichen Fernseh-Quasselrunde mit Caren Miosga keinen sonderlich selbstbewussten Eindruck machte. Er geriet schon bei einfachen Nachfragen ins Stolpern, verwechselte im Bezug auf Chipfabriken Taiwan mit Thailand und kannte nicht einmal näherungsweise den von heimischen Stahlunternehmen in Deutschland zu be-rappenden Strompreis.

Schließlich offenbarte er bezüglich der aktuellen Misere in großen Teilen der deutschen Wirtschaft seine völlige Hilf- und Ahnungslosigkeit, indem er sagte, man solle doch einmal „die Quadratur des Kreises“ probieren. Einem nur halbwegs fachkundigen Minister käme solch ein Blödsinn nicht über die Lippen.

Dipl. Ök. Thomas Brüggemann

ist Präsident des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer

Künftige Koalitionsmöglichkeiten

Vielleicht hätte sich der CDU-Vorsitzende und Unions-Bundestagsfraktionschef Friedrich Merz diesen Auftritt Habecks noch einmal zu Gemüte führen sollen, bevor er in seinem Newsletter namens „Merzmail“ kürzlich über künftige Koalitionsmöglichkeiten nachdachte. Die AfD kam darin wegen der von der Union errichteten „Brandmauer“ erwartungsgemäß nicht vor. Die FDP

wurde zwar als potentieller Partner genannt, aber mit der Einschränkung, dass man ja nicht mehr wisse, ob sie die nächste Wahl überhaupt „überlebe“. Somit blieben für Merz von den etablierten Parteien nur noch die SPD und die Grünen. Es ist eine rechnerisch wohl richtige Feststellung, die politisch aber verwundert. Denn erst im vergangenen Sommer hatte Merz die Grünen als „Hauptgegner in dieser Bundesregierung“ ausgemacht, was bei den in der CDU verbliebenen „Merkelianern“ und den Grünen zwar gleichermaßen schlecht ankam, aber bei vielen konservativen Wählern Anklang gefunden hatte und neue Hoffnung geweckt haben dürfte.

Doch wem sollen die letztgenannten Wähler nun ihre Stim-

me geben? Ihnen blieben nach heutigem Stand nur noch die Möglichkeiten einer Wahlenthaltung, die AfD, die vielleicht zur Wahl antretende WerteUnion unter Hans-Georg Maaßen oder gar das vielleicht ebenfalls antretende Bündnis Sahra Wagenknecht. Merz wiederum verteidigte seine Worte mit einem Blick nach Hessen, wo sich der CDU-Spitzenkandidat und amtierende Ministerpräsident Boris Rhein überraschend für eine Koalition mit der SPD entschied. Rhein hatte sich laut Merz einen dafür vorteilhaften Verhandlungsspielraum mit dem Hinweis verschafft, gegebenenfalls auch eine Koalition mit den Grünen einzugehen. Das kann nach verbreiteter Beobachterauffassung durchaus so gewesen sein, doch es ist mit Sicherheit keine Blaupause für die Bundespolitik. Denn in den für die Bundespolitik entscheidenden Fragen (zum Beispiel Energieversorgung, Migration und Sozialpolitik) haben Union und Grüne oftmals diametrale Vorstellungen.

Brandmauer nach linksextrem?

Noch weiter als Merz gehen bereits einige CDU-Politiker im Bundesland Thüringen, wo noch in diesem Jahr gewählt wird. Weil nach den aktuellen Umfragen dort die AfD zur stärksten politischen Kraft werden könnte, plädieren immer mehr CDU-Landespolitiker angesichts der dort errichteten „Brandmauer“ für einen Blick nach extrem-links, zur Linkspartei. Zwar hatte man auf dem CDU-Bundesparteitag 2018 auch dagegen eine „Brandmauer“ errichtet, doch inzwischen solle man laut dem CDU-Bundestagsabgeordneten und früheren Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, überprüfen, ob diese Mauer „noch richtig steht“.

Bosbach: Klare Abgrenzung nach links

Widerspruch kommt aus den Reihen der Bundespolitik. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, weist zum Beispiel darauf hin, dass die Linkspartei „trotz allem die Nachfolgepartei der SED“ sei und sich „noch nicht glaubhaft vom DDR-Unrechtsstaat distanziert“ habe. Frei sieht deshalb keinen Anlass, den Unvereinbarkeitsbeschluss aufzuheben. In dieses Horn stößt auch der für seinen Klartext bekannte frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach: „Es gibt einen Diskussionsprozess und ich kann nur hoffen, dass dieser bald abgeschlossen wird. Und zwar mit einer klaren Haltung. Das bedeutet für mich auch mit einer klaren Abgrenzung zur Linkspartei!“

